

Geburtsstunde unserer Alma mater

Universitäten entstanden auf deutschem Boden verhältnismäßig spät. Jahrhundertlang zogen Scharen deutscher Studenten, vor allem Kleriker, nach Frankreich und über die Alpenpässe nach Italien zu den dortigen Bildungsstätten. Die Ursachen für den Vormarsch im Bildungswesen Frankreichs und Italiens sind in dem fortgeschrittenen Entwicklungsstand der Wirtschaft und Gesellschaft dieser Länder gegenüber Deutschland zu suchen.

Die erste Universität des Deutschen Reiches entstand 1308 im Zentrum eines der wirtschaftlich am weitesten entwickelten Gebiete des 14. Jahrhunderts, in Prag. Wenige Jahrzehnte später folgten Hochschulen auf eigenem deutschem Sprachgebiet.

Die Vorgeschichte der Leipziger Universität beginnt in Prag an der von Karl IV. gegründeten Hochschule. Der Widerstand der deutschen Universitätsangehörigen gegen die Inbesitznahme der Universität durch die tschechischen Magister und Studenten gipfelte in der Auswanderung der Deutschen. Von den sich überwindenden Ereignissen im Frühjahr 1409 sind der Eid der drei deutschen Nationen und die Ereignisse um die Abforderung der Universitätsinsignien besonders hervorzuheben.

Wahrscheinlich im April 1409 traten die drei deutschen Universitätsnationen zusammen und leisteten den Eid, lieber Prag zu verlassen, als ihre Privilegien aufzugeben. Damit sollte in erster Linie der böhmische König Wenzel IV. unter Druck gesetzt werden, die von ihm im Kuttenser Dekret (18. Januar 1409) angeordnete Aenderung des Stimmrechts zugunsten der tschechischen Magister und Studenten wieder umzusetzen. Später bewiesen die ausgewanderten Professoren durch ihre Haltung, daß sie die Worte des Eides, „nie aus irgendeinem Grunde an dieses Studium zurückzukehren“, nicht sehr genau nahmen, sondern im Gegenteil hofften, ihre alten Vorrechte in Prag eines Tages zurückzugewinnen. Zum ersten Mal bekundeten sie aber mit dem Schwur öffentlich die Absicht, nur unter der Bedingung einer weiteren garantierten Vorzugsstellung in Prag zu bleiben. Der Bruch mit der progressiven nationalen Bewegung des tschechoslowakischen Volkes wurde damit unvermeidlich, weil sie durch den Eid das alte Universalprinzip der Universitäten gegen deren Umwandlung in eine nationale Bildungsstätte konservieren wollten.

Den letzten Anstoß zur Auswanderung der drei deutschen Universitätsnationen gaben die Ereignisse des 9. Mai 1409. Gegen Mittag dieses Tages beschloß die königliche Kommission Nikolaus, ein Kuttenser Notar, im Fakultätsaal der Artisten Universitätsinsignien. Gleichzeitig setzte er in Gegenwart von Magistern aller vier Universitätsnationen den vom König neu er-

nannten tschechischen Rektor und den Dekan der Artistenfakultät ein. Bemerkenswert ist die Anwesenheit Altsüßer Schöffen bei diesem Vorgang. Sie sind wohl nicht nur als Zeugen geladen gewesen, sondern ihre Gegenwart war ein Zeichen dafür, daß auch die Bevölkerung Prags an den Auseinandersetzungen in der Universität großen Anteil nahm.

Die Wahl Leipzigs als Sitz der Universität erfolgte, weil es in vieler Hinsicht der geeignetste Ort dafür war. Innerhalb der meißnischen Lande rangierte es neben Dresden als bedeutendste Stadt. Zugunsten Leipzigs sprach vor allem die Entwicklung als Handelsstadt und der weitverzweigte Handel, der sie auszeichnete. Ende des 14. Jahrhunderts verfügte Leipziger Bürger bereits über bedeutende Geldmittel. Ferner sind zu dieser Zeit schon wirtschaftliche Beziehungen zum sächsischen Erzbergbau nachweisbar. Viele Studenten beteiligten sich zwischen den Semestern oder nebenbei an Geschäften, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Andere besorgten für ihre Verwandten kommerzielle Angelegenheiten am Ort der Universität. Für die spätere Entwicklung der Leipziger Universität ist die Lage in einer aufblühenden Messestadt bedeutungsvoll. Sie sichert einen starken Zustrom an Studenten selbst zu einer Zeit, da der Lehrbetrieb in unfruchtbaren, überlebten Formeln der Scholastik erstarrt war.

Die offizielle Eröffnung der Leipziger Universität fand schließlich am 2. Dezember 1409 im Refektorium des Klosters zu St. Thomas in Anwesenheit Friedrichs und seines Bruders Wilhelm statt. Auf ihr wurde die landesherrliche Stiftungsurkunde mit den darin enthaltenen Privilegien feierlich überreicht.

Die neu gegründete Universität erhielt ihre besondere Note durch die

Gruppe der von Prag ausgewanderten Magister und Studenten. In Leipzig entstand nicht nur eine Bildungsstätte der Feudalgesellschaft schlechthin, sondern eine im besonderen Maße dem geistigen und gesellschaftlichen Fortschritt feindliche Institution. Die Auseinandersetzung in Böhmen hatte zu einer Zeit stattgefunden, als dort die revolutionäre Hussitenbewegung erst in ihrem Keim vorhanden war. Die Leipziger Universität wurde zu einem Bollwerk der kirchlichen Orthodxie gegen die revolutionären Hussiten.

Vielleicht mag nach dem vielen Negativen und Fortschrittsfeindlichen um die Gründung der Universität Leipzig die Frage aufkommen, ob ihr denn überhaupt eine positive Bedeutung zusprechen ist. Man muß dies bejahen. Das Positive und Neue liegt in der Entstehung der Institution überhaupt. Die Leipziger Universität stellte in Mitteleuropa eine Bildungsstätte neuer Qualität dar. Trotz aller Mängel, die ihr anhafteten, und obgleich ihre wissenschaftliche Funktion beschränkt war, da sie von den Lehren einer schon im Verfall befindlichen Klassengesellschaft beherrscht wurde, bot sie einen wesentlichen Fortschritt gegenüber den bestehenden Schulen des Landes. Ihre Gründung war weder eine „nationale Tat“ noch war die Bildungsstätte ein „vorgeschobener Posten für den Betrieb der abendländischen Wissenschaft“, aber man kann sie als einen Schritt nach vorn auf dem langen, komplizierten Weg der kulturellen und wissenschaftlichen Bildung der menschlichen Gesellschaft ansehen.

(Aus dem Beitrag von Dr. Siegfried Hoyer „Die Gründung der Leipziger Universität und Probleme über Füllgeschichte“, Sammelband: Karl-Marx-Universität Leipzig 1909-1939.)



Unter dem Bombenhagel sank am 4. Dezember 1945 der größte Teil der Universität in Trümmer. Dem Fleiß der Werktätigen verdanken wir heute neue, großzügig ausgestattete Institute. Unser Bild zeigt eine Teilansicht des Physikalischen Instituts. Foto HBS

Kommuniqué

des Zentralen Festausschusses der 550-Jahr-Feier der Karl-Marx-Universität

Die Festtage der 550-Jahr-Feier der Karl-Marx-Universität zu Leipzig im Unterschied zu ähnlichen Veranstaltungen früherer Jahre gedacht und angelegt als eine wissenschaftliche Bestandsaufnahme, als Rechenschaft über das Erreichte und Erreichte, sind vorüber. In dem sie das hohe Niveau wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Arbeit erkennen ließen, das die Universität seit ihrer Neueröffnung am 5. Februar 1946 zu erreichen vermochte, gestalteten sie sich zu Höhepunkten in der Geschichte unserer altherwürdigen Alma mater Lipsiensis und zu einem Ausdruck des Dankes der Wissenschaftler, Studenten, Arbeiter und Angestellten an die Werktätigen unseres jungen Arbeiter- und Bauernstaates, deren Fleiß und Opferbereitschaft die wissenschaftliche Arbeit ihre materiellen Voraussetzungen verdankt.

Staatspräsident Wilhelm Pieck würdigte in einem herzlich gehaltenen Glückwunschsreiben an Rektor und Senat die großen Leistungen der Karl-Marx-Universität.

Leipzig war vom 8. bis 17. Oktober 1959 Treffpunkt der wissenschaftlichen Welt. Die geschichtliche Bedeutung des Jubiläums wurde unterstrichen durch die Anwesenheit von hervorragenden Gästen wie des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der SED und Ersten Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Walter Ulbricht, der die Glückwünsche und Grüße des Zentralkomitees und der Regierung überbrachte; des Präsidenten der Volkskammer der DDR, Dr. Johannes Dieckmann; des Kandidaten des Politbüros und Sekretärs des Zentralkomitees der SED, Paul Fröhlich, sowie des Staatssekretärs für das Hoch- und Fachschulwesen, Dr. Wilhelm Girus.

230 namhafte Gäste aus den sozialistischen Staaten, 80 aus den kapitalistischen Ländern, nahezu 200 aus der Bundesrepublik, weilten während der Festtage in den Mauern der alten Universitätsstadt.

Die Teilnahme von Vertretern aus 44 Ländern ist die unüberhörbare Antwort der wissenschaftlichen und friedliebenden Welt auf den mißglückten Versuch der westdeutschen Rektorenkonferenz, unser Jubiläum zu boykottieren.

Zahlreiche Akademien und Universitäten des In- und Auslandes sowie Werkstätten aus volkseigenen Betrieben der DDR überbrachten der Karl-Marx-Universität Glückwunschschriften und ehrten sie zu ihrem 550. Gründungstage mit wertvollen Geschenken. Eine Reihe bedeutender internationaler wissenschaftlicher Konferenzen gaben dem Jubiläum das entscheidende Gepräge. Hervorragende Vertreter

der Sowjetwissenschaft, wie die Professoren Pedrow, Kedrow, Kolosnjew, Fataljew und Spizin; Wissenschaftler aus den Volkdemokratien, aus dem kapitalistischen Ausland, unter ihnen Professor Colleville von der Sorbonne; aus Westdeutschland, unter ihnen der Nobelpreisträger Max von Laue, Professor Blaschke sowie viele Gelehrte aus der Deutschen Demokratischen Republik beteiligten sich am wissenschaftlichen Meinungsaustausch.

Besondere Bedeutung kommt dem internationalen Symposium über „Philosophie und Naturwissenschaften“, auf dem zum ersten Male in unserer Republik Naturwissenschaftler und Philosophen gemeinsam über philosophische Probleme der Naturwissenschaften berieten.

Das internationale Symposium der Landwirtschaftlichen Fakultät über „Das Problem der Betriebsgröße in der Landwirtschaft“ wies überzeugend die Überlegenheit des sozialistischen landwirtschaftlichen Großbetriebes über den kapitalistischen Großbetrieb und über die kleinbäuerliche Familienwirtschaft nach.

Das ausgezeichnet vorbereitete internationale Symposium der Chemiker, dem angesichts des Chemieprogramms als dem Herz- und Kernstück unseres Siebenjahrplanes besondere Bedeutung zukommt, wies Wege zur Lösung der gewaltigen Aufgaben, die die Staaten des sozialistischen Lagers auf dem Gebiet der Chemie zu lösen haben.

Von großer theoretischer und auch praktischer Bedeutung sind die Ergebnisse der internationalen Konferenz der Juristenfakultät, in deren Mittelpunkt die Herausarbeitung der Rolle des Staates und des Rechts bei der Leitung der Industrie der DDR stand. Ein hohes wissenschaftliches Niveau behaupteten auch die Tagung der Hals-, Nasen- und Ohrenärzte der DDR sowie die Festtagung der Universitätsfrauenklinik, die zugleich eine Ehrung des langjährigen Direktors der Universitätsfrauenklinik Prof. Dr. med., Dr. rer. nat. h. c., Dr. med. h. c., Dr. med. h. c. Robert Schröder war.

Im Namen aller Angehörigen der Karl-Marx-Universität dankt der Zentrale Festausschuss den Gästen aus aller Welt und der Leipziger Bevölkerung für die lebendige Anteilnahme an den vielfältigen Bestrebungen unserer Universität. Die Verbundenheit der Werktätigen mit der Karl-Marx-Universität soll und wird ihren Angehörigen Ansporn zu weiterer Arbeit, zu großen Leistungen in Forschung, Lehre und Erziehung im Dienste des Friedens und des Sozialismus sein.

Professor Dr. Georg Mayer
Rektor

Wo zum neuen Krieg gerüstet wird

Zum klerikal-militaristischen Charakter des Westzonenstaates

Revanchismus ergänzt den Antikommunismus. Der Revanchismus hat besonders in letzter Zeit, im Gegensatz zu den Fortschritten in der internationalen Entspannung, in der Westzone hohe Wellen geschlagen. Gerade vor und während der Genes-Konferenz jagte ein sogenanntes „Helmsatteln“ der Landsmannschaften das andere.

Auf solchen Veranstaltungen trat typischerweise der Massenmörder Oberländer als Repräsentant der Adenauer-Regierung auf. Er rief im August dieses Jahres in Stuttgart zum Raub von Werten von insgesamt 200 Milliarden DM auf, die sich in der DDR, in der CSSR und in Polen befinden und die Eigentum dieser sind, die sie geschaffen haben. Hysterisch schrie er dabei: „Darauf verzichten wir nicht.“ Dieses Beispiel zeigt sehr deutlich, was hinter diesen revanchistischen Orkan steht. Es sind die Imperialisten, die in ihrer unersticklichen Preßorgane vor Krieg, Mord und Raub nicht zurückschrecken. Die Tatsache, daß der klerikal-militaristische Bonner Staat gegenwärtig als einziger Gebietsforderungen erhebt, und in einer Zeit internationaler Entspannung zusammen mit dem Atom Bombe zur Explosion bringen will, unterstreicht die besondere Gefährlichkeit des deutschen Imperialismus.

Militarismus und Klerikalismus in einer Front

Eine führende Rolle im Bonner Staat spielt der politische Klerikalismus. Die klerikalen Führer sind enge Verfechter des Antikommunismus. Indem sie das sozialistische Lager als Verkörperung des Teufels, die kommunistische Ideologie als Gift für die Seelen hinstellen und lautes Geschrei über die „Unfreiheit“ in den sozialistischen Staaten erheben. Diese Leute schürten auch emsig den Revanchismus. Auf einem Treffen ehemaliger Egerländer saßen kürzlich Vertreter der Kirche unter einem Wimpel, der die Aufschrift trug: „Und wenn die Welt voll Teufel wär,

das Egerland muß wieder her.“ Andererseits sind hohe Militärs bei kirchlichen Veranstaltungen zu finden und repräsentieren dort die Front aus Militarismus und Klerikalismus.

Der politische Klerikalismus bietet der imperialistischen Bourgeoisie eine komplette Ideologie, die von der Verteidigung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, der Behauptung des imperialistischen Staates bis zur Unterstützung der NATO und der Segnung der Atombombe als der „Zuchttrute Gottes“ reicht.

Abbau der demokratischen Freiheiten

Im Zuge der atomaren Aufrüstung und der Durchsetzung des Staates mit Naziaktivisten wurden die von vorne herein sehr beschränkten demokratischen Freiheiten immer mehr abgebaut. Es ist eine historische Erfahrung, daß mit der Entwicklung des Militarismus ein Angriff auf die vorhandenen demokratischen Freiheiten einhergeht, um alle die Kräfte auszuschalten, die für Frieden und Verständigung eintreten. Das bestätigt sich augenblicklich in der Westzone. Als 1961 dort die Wiederaufrüstung begann, wurde im gleichen Jahre die FDJ und die Volksbefragung gegen die Reaktivierung verboten; als Bonn 1956 die allgemeine Wehrpflicht einführte, wurde im gleichen Jahre die KPD verboten.

Als 1938 der Bonner Bundestag infolge der Bindung an die NATO die Atombewehrung der Bundeswehr beschloß, löste das eine Volksbewegung aus, wie sie an Breite und Stärke seit 1945 in der Westzone nicht vorhanden war. Die Bonner Regierung sieht sich gezwungen, nun auch mehr und mehr die formal-demokratischen Formen fallen zu lassen. Der Bonner Innenminister und ehemalige SA-Mann Schröder bereitet zur Unterdrückung der Volksbewegung das Verbot der VVN vor, läßt gegenartig einen Prozeß gegen die Vertreter der westdeutschen Friedensbewegung führen und kündigt Notstandssetzungen an. Vor kurzem ist

der in der Westzone zu Besuch weilende DDR-Bürger Krahnmann das Opfer eines politischen Mordes geworden. Hier zeigt sich deutlich, wie die zunehmende Militarisierung Tendenzen hervorbringt, die aus der Zeit des „tausendjährigen Reiches“ sattam bekannt sind.

Bundestag nur noch Scheinparlament

Immer mehr wird auch der Bundestag seiner von vornherein beschränkten Rechte beraubt. Er ist bereits auf das Niveau eines Scheinparlaments gesunken. Seine von den großen Monopolen korruptierte Mehrheit ist eine Abstimmungsmaschine in der Hand der Adenauer-Regierung. Wie sehr der Wille der Volksmassen durch dieses Parlament mißachtet wird, zeigt, daß es im Gegensatz zur Volksbewegung die Atombewehrung gebilligt hat. Die erbärmliche Rolle dieses Parlaments wird gegenwärtig durch die letzte außenpolitische Debatte charakterisiert. Einhalb Jahre überhaupt nicht durchgeführt, bewies sie jetzt, daß sich alle Fraktionen — die SPD eingeschlossen — im Schlepptau der Adenauer-Politik befinden.

Dieser Vorgang wirft gleichzeitig bezeichnendes Licht auf die Rolle der rechten SPD-Führer im klerikal-militaristischen Staat. Die Annahme des „Grundsatzprogramms“ durch die Mehrheit des außerordentlichen Parteitages in Bad Godesberg kommt einem Bündnis mit dem Militarismus gleich. Das Bekenntnis zur sogenannten Landesverteidigung ist ein Ausdruck der engen Bindung der rechten SPD-Führer an die imperialistische Bourgeoisie. Sogar ist die rechte SPD-Führung gegangen, obwohl viele SPD-Mitglieder bereits erkennen und wissen lassen, daß eine solche Politik im Widerspruch zu den Interessen der Arbeiterklasse, der friedlichen Kräfte überhaupt und zur allgemeinen Entwicklung in Europa und der Welt steht.

Wir sehen: der Bonner Staat ist die Diktatur der reaktionärsten Teile des

Monopolkapitals. Die Interessen dieser Kräfte bestimmen seine Politik im Innern und nach außen. Die Diktatur der Monopole läßt sich aber heute nicht mehr in der Form errichten, wie sie 1933 bis 1945 bestand. Der Imperialismus kann in Deutschland heute nicht mehr als „Nationalsozialismus“, als Faschismus, auftreten, dafür ist diese Herrschaftsform bei allen Völkern zu diskreditiert. Die imperialistische Bourgeoisie mußte also zu einer anderen Form der Herrschaft greifen. Den Ausweg suchten diese Kräfte beim politischen Klerikalismus und errichteten mit seiner Hilfe die klerikal-militaristische Diktatur. Die KPD sagt im Entwurf eines Beschlusses zur Parteikonferenz dazu: „Je weiter die Atombewehrung vorschreitet, desto scharfer treten wieder die alten verheerenden Theorien vom Lebensraum, die faschistische Lehre von Blut und Boden, der Ruf nach dem größten deutschen Reich, begleitet von Rassenhate und Völkerverhaß, hervor. Neue Dolchstoßlegenden und eine verlogene Geschichtsschreibung dienen der Rechtfertigung des verbrecherischen zweiten Weltkrieges.“

Die Volksmassen werden die Wende erzwingen

Der Adenauer-Staat ist im Zuge der Remilitarisierung gezwungen, seine diktatorischen Methoden ständig zu verschärfen, um gegen den Widerstand der westdeutschen Werktätigen seine Ziele durchzusetzen. Die Beschlüsse der KPD für ihre Parteikonferenz heben hervor, daß die Kräfte, die eine Wende in der westdeutschen Politik erzwingen können, durchaus vorhanden sind. Sie sind im Kampf gegen die Adenauer-Politik immer stärker geworden. Ihre Basis hat durch die Volksbewegung gegen den Atomdreck, die Arbeiter, Bauern, die städtischen Mittel- und unteren Schichten, bedeutende Teile der Intelligenz, Vertreter des friedliebenden Bürgertums umfaßt, eine große Breite erhalten. Es gilt jetzt, alle diese Kräfte unter der Zielsetzung zu einen, den westdeutschen Militarismus zu schlagen, die von Westdeutschland ausgehende Kriegsgefahr zu beseitigen und durch den Abschluß des Friedensvertrages demokratische Verhältnisse in Westdeutschland schaffen zu helfen.

Klaus Uberschär

Universitätszeitung, 30.11.1959, S. 3